



Rechtsausschuss

73. Sitzung (öffentlich)

8. März 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Ulrike Schmick

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Der Ausschuss kommt überein, TOP 3 auf die Sitzung vom 22. März 2017 zu schieben.

1 Organstreitverfahren des Landtagsabgeordneten Dietmar Schulz gegen 6

- 1. den Landtag Nordrhein-Westfalen**
- 2. die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen
wegen Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder für die 16.
Bundesversammlung durch den Landtag Nordrhein-Westfalen**

VerfGH 3/17

Vorlage 16/4777

Der Ausschuss beschließt, dem Landtag zu empfehlen, eine
Stellungnahme abzugeben.

2 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges und zur Änderung der Vollzugsgesetze in Nordrhein-Westfalen 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13470
APr 16/1600

– Auswertung der Anhörung

4 Nordrhein-Westfalen muss bundespolitischer Impulsgeber bei der Regelung des digitalen Nachlasses werden 15

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13305

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Antrag Drucksache 16/13305 wird bei Zustimmung der CDU-Fraktion und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

5 Chancen der Digitalisierung nutzbar machen und Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen entschieden entgegnetreten 16

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12359

– Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

Der Antrag 16/12359 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten angenommen.

- 5 Nordrhein-Westfalen unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung für ein härteres Vorgehen im Kampf gegen Wohnungseinbrecher** 18

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13685
Vorlage 16/4725

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Antrag 16/13685 wird mit Mehrheit abgelehnt.

- 6 Aufenthaltsrechtlich motivierte Vaterschaftsanerkennungen – Welchen Handlungsbedarf, welche Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten sieht die Landesregierung?** 21

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4799

- 7 Kommt die Landesregierung der Bitte des Generalbundesanwalts nach Unterstützung nach?** 24

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4800

– ohne Diskussion –

- 8 Munitionsdiebstahl in der JVA Wuppertal-Ronsdorf – Aktueller Sachstand** 25

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4801

- 9 Beteiligung des Landes NRW an der Verwaltungsvereinbarung zum E-Learning im Strafvollzug mit elis – Welche Gründe für die Verzögerung der Anbindung sieht die Landesregierung?** 26

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4802

10 Behördenstreit nach Krebskandal 27

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4803

– ohne Diskussion –

11 Neue Erkenntnisse zur Todesursache eines Gefangenen der JVA Bochum? 28

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4804

– ohne Diskussion –

12 Verschiedenes 29

* * *